

129. Deutscher Ärztetag in Leipzig

Eröffnung

Ein besonderer Deutscher Ärztetag fand in diesem Jahr vom 27. bis 30. Mai in Leipzig statt. 35 Jahre nach der politischen Wende wurde dieser in der geschichtsträchtigen Nikolaikirche eröffnet. Zudem liegt der letzte Deutsche Ärztetag in dieser Stadt genau 100 Jahre zurück. Die Sächsische Landesärztekammer feiert dieses Jahr ihr 35-jähriges Jubiläum.

Bevor die rund 1.000 Gäste den eigentlichen Veranstaltungsort betreten konnten, wurden sie begrüßt durch eine kleine Demonstration der „Ärztinnen und Ärzte in sozialer Verantwortung“, die den Anlass nutzten, um gemeinsam mit „Health for Future“ und anderen Gruppen mit einer Klimamahnwache auf die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels hinzuweisen. Die Eröffnung eines Ärztetages in einer Kirche, in der Nikolaikirche im Leipziger Zentrum, stellte ein Novum in der Geschichte der Deutschen Ärztetage nach 1945 dar. Die besondere Atmosphäre fand auch in die Grußworte dieses Tages Einzug. Bei seiner Begrüßung sprach der Superintendent des evangelisch-lutherischen Kirchenbezirks Leipzig, Sebastian Feydt, die Symbolik des Veranstaltungsorts an. Als Ort, der für Friede, Freiheit und Gleichberechtigung steht, sehe er hier einen guten „Ort des Austausches“, auch für Ärzte, die immerhin „dem Leben der Menschen verpflichtet“ sind, und wünschte sich die Erinnerung an die friedliche Revolution als Inspiration für die gemeinsamen Debatten.

Erik Bodendieck, Präsident der Sächsischen Landesärztekammer, machte seine enge persönliche Verbindung mit der Messestadt deutlich und wies auf die Bedeutung Leipzigs und Sachsens auch als Wiege der ärztlichen Selbst-

verwaltung hin. In Vorschau auf die kommenden Tage unterstrich er die besondere gesetzliche Grundlage der hier entstehenden Beschlüsse und Forderungen durch die Übertragung hoheitlicher Aufgaben auf die Ärzteschaft. Er forderte bei den Debatten, das „Ohr an der Basis zu haben.“ Gemeinsam wolle man für „Weltoffenheit und gegen Diskriminierung sowie Rassismus eintreten“ und „von hier aus ein starkes Signal senden.“

Die sächsische Gesundheitsministerin, Petra Köpping, berichtete ebenso persönlich von ihren Erfahrungen in der Zeit der politischen Wende und sensibilisierte für die „Umbrüche in den Biografien der Menschen in Ostdeutschland“. In Bezug auf die Krankenhausreform machte sie deutlich, dass es durch genau diesen Umbruch im Osten bereits eine Reform gab und die Krankenhauslandschaft schon in den 1990er Jahren ausgedünnt wurde. Sie erwartete von der Bundesregierung daher eine differenzierte Ausgestaltung des Modernisierungsprozesses der Krankenhausstrukturen. An die neue Bundesgesundheitsministerin gerichtet, warb sie dafür, den „sächsischen Weg“, also die gemeinsame Definition einer Gesundheitsversorgungsstrategie durch die beteiligten Institutionen, auch auf Bundesebene als Vorbild zu nehmen, um „gemeinsam und respektvoll“ zu Lösungen zu kommen.

Nach der traditionellen Totenehrung, die in der Nikolaikirche durch das beeindruckende Orgelspiel eine besondere Tiefe erhielt, stand die Verleihung der Paracelsus-Medaille an, der höchsten Auszeichnung der deutschen Ärzteschaft für besondere Verdienste um das Gesundheitswesen, die Patientenversorgung, die ärztliche Selbstverwaltung sowie das Gemeinwohl. In diesem



Erik Bodendieck, Präsident Sächsische Landesärztekammer, bei der Eröffnung des 129. Deutschen Ärztetages in der Leipziger Nikolaikirche



Petra Köpping, Sächsische Staatsministerin für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Jahr ging die Medaille unter anderem an den Arbeitsmediziner Prof. Dr. med. habil. Klaus Scheuch aus Dresden. Bundesärztekammer-Präsident Dr. med. Klaus Reinhardt: „Die deutsche Ärzteschaft ehrt in ihm einen Arzt und Vordenker, der dazu beigetragen hat, das noch junge Fach der Arbeitsmedizin in wenigen Jahrzehnten zu einem festen Bestandteil des deutschen Gesundheitswesens zu machen.“

In seiner Eröffnungsrede sicherte Klaus Reinhardt der neuen Bundesregierung Unterstützung bei der Bewältigung der großen gesundheitspolitischen Zukunftsaufgaben zu. Aus Sicht der Ärzteschaft biete der Koalitionsvertrag von Union und SPD eine gute Grundlage für die notwendigen Reformen. „Er zeigt, dass die Koalitionäre bereit sind,

eingefahrene Wege zu verlassen und Raum für neue – auch unkonventionelle – Lösungsansätze zu schaffen“, betonte Reinhardt. Auch lobte er, dass die Bundesregierung angekündigt habe, in den ersten sechs Monaten ein Entbürokratisierungsgesetz auf den Weg zu bringen. An die neue Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) gerichtet, sagte er: „Sehr geehrte Frau Ministerin, machen Sie Schluss mit diesem Irrsinn: Lassen Sie den Worten im Koalitionsvertrag Taten folgen.“ Reinhardt verwies auf die zahlreichen Vorschläge, die zum Abbau von Bürokratie bereits aus der Selbstverwaltung gekommen seien. Im Weiteren ging Reinhardt auf einen bereits von der neuen Bundesregierung aufgenommenen Vorschlag der Ärzteschaft zur besseren Patientensteuerung ein. Mit der geplanten Einführung eines Primärarztsystems sollen sich Patientinnen und Patienten zunächst bei einer Hausarztpraxis einschreiben, die dann die Koordinierung der Weiterbehandlung übernimmt. Angekündigt wurde dann noch ein Schwerpunkt des diesjährigen Ärztetages: der Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) in der Medizin. „KI wird unsere Gesellschaft und auch die Medizin tiefgreifend verändern“, sagte Reinhardt. Die Entscheidung über eine Behandlung müsse bei allem unterstützenden Potenzial immer von Ärztinnen und Ärzten getroffen werden. „Verantwortung ist nicht teilbar – auch nicht zwischen Mensch und Maschine“, so Reinhardt.

Spannend erwartet wurde die abschließende Rede der neuen Bundesgesundheitsministerin Nina Warken. Deutlich wurde, sie wolle ein Vertrauensverhältnis etablieren und kündigte der Ärzteschaft einen „engen Austausch“ für die künftigen Reformvorhaben an. Sie betonte, es sei ihr „ernst damit“ angesichts der großen Herausforderungen im Gesundheitssystem, Gespräche auf Augenhöhe zu führen. „Neue Wege“

müssen aus ihrer Sicht bei der Sicherstellung der Versorgung in der Stadt und auf dem Land gegangen werden. Der neue Weg des Primärarztsystems, der im Koalitionsvertrag erwähnt wird, werde eine „große Aufgabe im nächsten Jahr sein“. Mit Blick auf die Krankenhausreform kündigte Warken an, dass man die Reform „fortsetzen, verbessern, aber nicht verwässern“ wolle.

Aus den Plenarsitzungen

Zum Auftakt der Arbeitssitzungen des diesjährigen Ärztetages wurde die Bundesregierung in einem mit großer Mehrheit gefassten Beschluss aufgefordert, wichtige Reformen für ein zukunftsfähiges Gesundheitswesen jetzt umzusetzen, denn es stehe angesichts der demografischen Entwicklung der Bevölkerung, des zunehmenden Fachkräftemangels, begrenzter finanzieller Ressourcen sowie globaler Bedrohungen vor massiven Herausforderungen. Der Erhalt eines freiheitlich geprägten und zugleich solidarischen Gesundheitswesens erfordere mutige Reformen in allen Versorgungsbereichen. Bund, Länder, Kommunen und die Ak-



Dr. med. Klaus Reinhardt,
Präsident Bundesärztekammer



Nina Warken, Bundesgesundheitsministerin

teure aus dem Gesundheitswesen müssten diese sofort angehen, um ein gleichermaßen solides wie solidarisches Gesundheitswesen für die kommenden Generationen zu sichern.



Dr. med. Klaus Reinhardt (r.) ehrte im Rahmen der feierlichen Eröffnung des 129. Deutschen Ärztetages drei Ärzte mit der Paracelsus-Medaille: Prof. em. Dr. med. Dr. h. c. Martin Exner, Prof. Dr. med. habil. Klaus Scheuch, Prof. Dr. med. Dr. h. c. Vera Regitz-Zagrosek (v.l.)

Künstliche Intelligenz in der Medizin: Die Zukunft des Gesundheitswesens aus ärztlicher Perspektive gestalten

Priv.-Doz. Dr. med. Peter Bobbert, Vorsitzender des Ausschusses „Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung“ der Bundesärztekammer, stellte vier Thesen vor, die im Ausschuss erarbeitet wurden und die Grundlage der BÄK Stellungnahme „Von ärztlicher Kunst mit Künstlicher Intelligenz“ sind. Seiner Meinung nach wird es zu einer disruptiven Veränderungen der Versorgung durch neue Akteure im KI Bereich kommen und zwar schneller als man denkt. Die Ärzteschaft müsse daher ins Mitgestalten kommen, um nicht die Hoheit an kommerzielle Unternehmen abzugeben. KI werde die Digitalisierung im Gesundheitswesen außerdem massiv beschleunigen. Dabei müsse man zwingend „nicht nur über Datenschutz, sondern mehr über Datenqualität und -akquirierung sprechen.“ KI wird Prozesse deutlich effizienter gestalten und KI wird es Patienten ermöglichen, leichter an medizinisches Wissen zu kommen. Bobbert betonte am Ende noch einmal „wir müssen jetzt ins Handeln kommen.“

In ihrem Impulsvortrag berichtete Dr. med. Julia Fritz, Vorstandsmitglied der Sächsischen Landesärztekammer, aus der vorgelagerten Veranstaltung „Dialog mit jungen Ärztinnen und Ärzten“ vom 26. Mai 2025 zum Thema „KI konkret im ärztlichen Alltag“. Sie gab dabei Eindrücke und Stimmen der Teilnehmenden wieder. Dr. Fritz machte deutlich, dass es derzeit weiter einen „erheblichen Health Data Gender Gap“ gibt. Das heißt, Frauen sind in vielen medizinischen Datenpools und Studien unterrepräsentiert. Das gilt aber nicht nur für das Geschlecht, sondern auch für Hautfarbe, den sozioökonomischen Status und vieles mehr. Das führt dazu, dass KI-Systeme mit einem gewissen Bias, also einer Verzerrung, trainiert

werden, was teils erhebliche Folgen für die ärztliche Entscheidungsfindung, und damit für Diagnose und Therapie haben kann.“ Junge Ärztinnen und Ärzte wünschten sich außerdem, dass der Erwerb digitaler und KI-bezogener Kompetenzen fester Bestandteil der Weiterbildung wird – strukturiert, verbindlich und nicht nur als freiwilliger Aufwand in der Freizeit. Klar benannt wurde auch ein ganz reales Problem: Die Digitalisierung der Einrichtungen reiche oft nicht aus, um KI Anwendungen überhaupt sinnvoll umzusetzen. Daher ging der Appell an Klinikbetreiber und Politik, für die nötigen Investitionen in die Infrastruktur zu sorgen. Und: „Bei aller Technikbegeisterung: Das Herz der Medizin bleibt das Gespräch mit dem Patienten. Empathie und Vertrauen sind entscheidend für den individuellen Behandlungserfolg.“ Ganz klar benannt wurde auch, dass die Endverantwortung für eine ärztliche Entscheidung immer bei der Ärztin und beim Arzt liegen muss. Auch wenn im Impuls von Dr. Fritz viele kritische Punkte angesprochen wurden, war man sich doch einig, dass Künstliche Intelligenz ein sehr wertvolles Werkzeug für die ärztliche Arbeit sein kann. Sie erfordere aber gute standardisierte Daten, bessere digitale Infrastrukturen und gezielte Weiterbildung – und vor allem: „eine klare ärztliche Haltung!“

In der Aussprache vor den Abstimmungen kreiste die Diskussion um die Möglichkeiten und Gefahren der KI Anwendungen, Energiebedarf, Datenhoheit und gesetzliche Regulierungen, um KI als unterstützendes Element zu begrenzen. Dr. med. Thomas Lipp, Vorstandsmitglied der Sächsischen Landesärztekammer, gab sich in Replik auf Dr. Bobbert eher skeptisch, ob „wir Ärzte nicht doch schon zu spät dran sind“. Wenn überhaupt noch ein Anschluss möglich sein soll, müsse man sich von chinesischen und amerikanischen An-



Dr. med. Julia Fritz

wendungen unabhängig machen und „endlich zu Treibern werden“. Erik Boddendieck, Co-Vorsitzender des Ausschusses „Digitalisierung in der Gesundheitsversorgung“ der Bundesärztekammer, fasste die Diskussion dahingehend zusammen, dass die Beiträge zum großen Teil das unterstützen, was die Beschlussanträge bezwecken. Nämlich, dass die Technik, die unterstützend wirken könne, geregelt und regelhaft zum Patientenwohl eingesetzt werde. „Wir müssen ethische Grundprinzipien bei KI basierten Systemen entwickeln, aber wir müssen auch Überregulierung und damit wieder Hemmung verhindern.“ Anwendungen bei Diagnose und Therapie sowie als Bestandteil von DIGAs leitlinienhaft zu regeln, werde sehr herausfordernd.

Am Ende stimmte der 129. Deutsche Ärztetag für die Annahme des Thesepapiers und der Entscheidungsunterstützung „Von ärztlicher Kunst mit Künstlicher Intelligenz“ als verantwortungsvolle Leitplanke im Umgang mit KI und forderte den Gesetzgeber unter anderem auf, klare gesetzliche Rahmenbedingungen für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in der ärztli-



Dr. med. Thomas Lipp



Prof. Dr. med. habil. Uwe Köhler

chen Versorgung zu schaffen. KI-gestützte Anwendungen können demnach ärztliche Entscheidungen unterstützen, dürfen aber die ärztliche Verantwortung nicht ersetzen. Notwendig seien rechtsverbindliche Vorgaben zur Zertifizierung, Haftung und Transparenz sowie eine verbindliche Verankerung des Themas in der Aus-, Weiter- und Fortbildung.

Ärztliche Weiterbildung

Bei der Diskussion um die Anpassung der Weiterbildungsordnung im Abschnitt zu den Zusatzweiterbildungen (ZWB) zeigte sich neben der Ausgestaltung des Paragrafenteils nach Weiterbildungsform und der Frage nach dem Erhalt der Zusatzweiterbildung „Medizinische Informatik“ vor allem bei der angedachten Aufsplittung der ZWB Palliativmedizin viel Redebedarf. Prof. Dr. med. Uwe Köhler, Vizepräsident der Sächsischen Landesärztekammer, erinnerte an das Bestreben, die Zusatzweiterbildungen eher einzudämmen als weiter aufzufächern. Für ihn sei eine Aufspaltung der Zusatzweiterbildung Palliativmedizin zum gegenwärtigen Zeitpunkt sachlich nicht gerechtfertigt. Er und der sächsische Ärztekammer-

präsident Erik Bodendieck forderten zuvor eine Neubewertung und die Vertagung der Debatte auf den kommenden Ärztetag in Hannover. Die Sächsische Landesärztekammer konnte sich mit dieser Forderung aber nicht durchsetzen, die Aufspaltung der Zusatzweiterbildung kommt.

Angenommen wurde hingegen der Antrag „Ärztegesundheit in der Weiterbildung“. Im Kern geht es hier darum, dass Krankheitstage in der Weiterbildung nicht mehr zulasten von Lern- oder Urlaubstagen gehen dürfen. Die Möglichkeit einer begrenzten Zahl von Krankheitstagen, die für die Weiterbildungszeit zählen, soll demnach auch im Paragrafenteil der Weiterbildungsordnung ergänzt werden, durch eine angemessene und einheitliche Fehlzeitenregelung.

Weitere Beschlüsse im Überblick: Die Landesärztekammern werden aufgerufen, die Gründung von Weiterbildungsverbänden in allen Fachgruppen zu unterstützen. Ziel ist es, die Planungssicherheit für Weiterzubildende und Weiterbildende zu verbessern und die Qualität der Weiterbildung zu sichern. Dafür böten sich Weiterbil-

dungsverbände an, wie sie in der Allgemeinmedizin bereits etabliert sind. Auf Anregung von Dr. med. Lisa Rosch, Delegierte der Sächsischen Landesärztekammer, gab es die Forderung des Deutschen Ärztetages an die Klinikleitungen und Betriebsräte, die Sprecher der Ärztinnen und Ärzte in Weiterbildung bestmöglich zu unterstützen, vor Nachteilen durch das Amt zu schützen und dort, wo dieses Amt bisher nicht etabliert ist, die notwendigen Strukturen zu schaffen. Der 129. Deutsche Ärztetag 2025 forderte des Weiteren sämtliche Landesärztekammern, welche bislang keinen digitalen Weiterbildungszeitenrechner anbieten, auf, bis Ende des Jahres einen Weiterbildungszeitenrechner für die Ärztinnen und Ärzte in Weiterbildung zu erarbeiten und online frei verfügbar zu machen. Die Rechner sollen die Möglichkeit bieten, insbesondere auch Teilzeittätigkeiten, Arbeitgeberwechsel, Beschäftigungsverbote (Schwangerschaft, Mutterschutz), Elternzeit und Forschungszeiten anzugeben. Abschließend sollen die Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) bundesweit einheitliche Verfahren zur Fortsetzung der Förderung ärztlicher Weiterbildung nach Mutterschutz und Elternzeit etablieren. Ein Vorschlag, einen mindestens 12-monatigen Weiterbildungsabschnitt im ambulanten Bereich einzuführen, hat sich hingegen (erneut) nicht durchgesetzt.

Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ)

Im Hinblick auf die Novellierung der GOÄ äußerten sich bereits bei der Eröffnung des Ärztetages die neue Bundesgesundheitsministerin Nina Warken und Bundesärztekammer-Präsident Dr. med. Klaus Reinhardt ähnlich. „Das Leistungsverzeichnis und das Bewertungsgefüge der GOÄ entstammen den 1980er und 1990er Jahren. Das passt vorne und hinten nicht mehr“, kritisierte Reinhardt. „Das ist selbst in der bis-

herigen deutschen Reformverschleppung ein einsamer Negativrekord.“ Warken betonte, es sei „an der Zeit, ein neues Gebührenverzeichnis zu haben“. Dafür müssten allerdings einige Voraussetzungen gegeben sein: „Um die konkreten Planungen für eine Novellierung der GOÄ innerhalb der Koalition abzustimmen, brauchen wir einen vollständigen, gemeinsamen und nachvollziehbaren Vorschlag der Bundesärztekammer und des Verbandes der privaten Krankenversicherung.“ Dieser liegt jetzt vor.

In seiner Rede vor der Abstimmung zum Thema entkräftete Reinhardt zunächst noch einmal den Vorwurf der ungenügenden Einbindung der ärztlichen Berufsverbände und Fachgesellschaften. Er appellierte an die Ärzteschaft, das lang ausgehandelte Gesamtkonstrukt jetzt nicht mehr „auf den Kopf zu stellen.“ Die Abgeordneten sprachen sich anschließend mit deutlicher Mehrheit für ein einheitliches Zeichen an die Regierung aus und warben dafür, für den erarbeiteten Kompromiss zur neuen GOÄ zu stimmen. Erwähnt wurden die hochemotionale Stimmung seit vielen Wochen bei diesem Thema, medial verbreitete „Fake-News“ und Störaktionen wie anonyme Flyer mit Falschinformationen direkt vor den Türen des Deutschen Ärztetages. In diesem Zusammenhang ging expliziter Dank an die BÄK für den strukturierten und unaufgeregten Umgang mit solchen Aktionen.

Das vorliegende „Kompromissprodukt mit der Möglichkeit zur kleinteiligen Weiterbearbeitung“, wie Reinhard das Abstimmungsobjekt GOÄ nannte, wurde dann mit großer Mehrheit angenommen und der Übergabe an die Bundesgesundheitsministerin zugestimmt. Damit wird das Bundesgesundheitsministerium aufgefordert, die Novellierung der GOÄ auf dieser Grundlage unverzüglich einzuleiten.



Mephisto und die sächsischen Delegierten des Deutschen Ärztetages: Erik Bodendieck, Präsident, Prof. Dr. med. Jörg Hammer, Dr. med. Torben Ostendorf, Dipl.-Med. Petra Albrecht, Dr. med. Julia Fritz, Dr. med. Marco Hensel, Prof. Dr. med. habil. Uwe Köhler, Dr. med. Dirk Müller, Dr. med. Kristin Korb, Dr. med. Jana Gärtner. Nicht auf dem Bild: Dr. med. Heike Höger-Schmidt, Dr. med. Lisa Rosch, Dr. med. Ute Taube und Dr. med. Stefan Windau.

Ärztliche Perspektiven zum Schwangerschaftsabbruch

Der 129. Deutsche Ärztetag hat sich nach umfangreicher, zum Teil emotionaler Debatte für eine Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen ausgesprochen. Mehrere Anträge in diese Richtung hat die Ärzteschaft in Leipzig angenommen. Im Antrag von Dr. med. Torben Ostendorf, Delegierter der Sächsischen Landesärztekammer, werden die politisch Verantwortlichen aufgefordert, den Schwangerschaftsabbruch gesetzlich außerhalb des Strafbuchbuches zu regeln. „Die Abgeordneten des Deutschen Ärztetages sprechen sich dafür aus, dass künftig eine eigenständige, medizinisch und ethisch verantwortbare Regelung zum Schwangerschaftsabbruch geschaffen wird, die sich an der Realität der Versorgung, dem Selbstbestimmungsrecht der schwangeren Person und dem ärztlichen Berufsverständnis orientiert.“

Der Antrag des Vorstandes betont: „Der verpflichtenden neutralen Beratung und der Bedenkzeit vor einem geplanten Schwangerschaftsabbruch kom-

men eine wesentliche Bedeutung für eine informierte und konsistente Entscheidung der Frau zu.“

Zur weiteren Bearbeitung an den Vorstand überwiesen wurde zunächst ein Antrag, der den Gesetzgeber auffordert, Schwangerschaftsabbrüche als reguläre Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) einzustufen und damit die Kostenübernahme über die GKV zu sichern.

Ärztetag fordert Stärkung der Krisenresilienz

Deutschland erlebt eine Zeit wachsender Bedrohungen von innen wie außen. Der Deutsche Ärztetag in Leipzig hat deshalb Bund, Länder und Kommunen dazu aufgefordert, die Krisenresilienz des Gesundheitswesens zu stärken. Notwendig sei ein verbindlicher Stufenplan mit klar definierten Verantwortlichkeiten, der von einer erweiterten Regelversorgung über die Versorgung im Katastrophenfall bis hin zur militärischen Lage reiche. Außerdem brauche es ein eigenständiges, umfassendes Gesundheitsvorsorgegesetz, das einen rechtlichen Rahmen schaffte, der so-

wohl Vorsorge- als auch Sicherheitsaspekte integrierte und der Ausbau krisenfester Infrastrukturen wie Krankenhäuser, Praxen und Pflegeeinrichtungen müsse gefördert werden.

Vor dem Bericht und der Abstimmung zur Jahresrechnung der Bundesärztekammer für das Geschäftsjahr 2023/2024 wurde der scheidenden Kaufmännischen Geschäftsführerin der Sächsischen Landesärztekammer, Dipl.-Ök. Kornelia Keller, für ihre langjährige Tätigkeit auch auf Ebene der Bundesärztekammer gedankt und sie für ihre Sachkompetenz und Beharrlichkeit gelobt.

Sonderkonzert und Festabende

Zum Eröffnungsabend des Deutschen Ärztetages präsentierte die Sächsische Landesärztekammer am Dienstag, dem 27. Mai, gemeinsam mit dem Verein Nepalmed im wunderbaren Ambiente des Paulinums ein Sonderkonzert „Klassik meets Jazz“ der Unibigband Leipzig. Die über 20-köpfige Band besteht überwiegend aus Studierenden unterschiedlichster Fachrichtungen und wurde bereits viermal Preisträger beim Internationalen Bigbandfestival Swingin' Saxonia. 2016 gewannen sie den 1. Preis beim Deutschen Orchesterwettbewerb in Ulm. Unter der Leitung von Reiko Brockelt begeisterte die

Band im Paulinum zum einen mit einer Reise durch die Welt des Jazz und zum anderen besonders mit der Adaption von Bachschen Werken als jazzbare, tanzbare und mitreißende Neuinterpretationen. Der Erlös aus dem Kartenverkauf ging an den Nepalmed e. V. aus Grimma. Die Hilfsorganisation fördert nepalesische Initiativen auf dem Gebiet der Medizin und des Gesundheitswesens. Von 350 Gästen gab es am Schluss stehende Ovationen.

Am Donnerstagabend lud die Sächsische Landesärztekammer dann zum Festabend im Eventpalast unter dem Motto „One Night in LE“. In einem alten Messegebäude aus der Gründerzeit erlebten die 500 Gäste einen unvergesslichen Abend. Mit einer Mischung aus Musik, Akrobatik, Show und Tanz wurden sie in eine faszinierende Traumwelt entführt. Nach dem offiziellen Teil mit Dr. Faust und Mephisto staunten die Gäste über eine faszinierende Tuchakrobatin. Linda Sander überzeugte dabei nicht nur durch ihr technisches Können, mit ihrer Präsenz und Ausstrahlung zog sie das Publikum in ihren Bann. Nach einer beeindruckenden Laser-Show wurde dann ausgiebig und lange getanzt – entweder bei Alltime Disco Classics der Band Nightfever oder bei treibenden Beats des DJs. Das schöne



Sonderkonzert der Unibigband Leipzig im Paulinum

Ambiente, die gute Küche und die wunderbare Stimmung sorgten allgemein für viel Lob an die Ausrichter.

Für eine besondere Überraschung sorgte das gemeinsame Essen der Präsidenten am Vorabend der Eröffnung im tropischen Gondwanaland im Zoo Leipzig. Besonders beeindruckt waren die rund 200 in- und ausländischen Gäste von der Bootsfahrt sowie von der Tier- und Pflanzenwelt.

Impressionen von allen Veranstaltungen finden Sie hier:

www.slaek.de/leipzig2025

Der 130. Deutsche Ärztetag findet vom 12. bis 15. Mai 2026 in Hannover statt. ■

Martin Kandzia M.A.
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Anzeige

voraussichtlich zertifiziert mit



5 Fortbildungspunkten

LABORFORUM 2025

Webinar am 17. September 2025, ab 15:00 Uhr



diagnosticum
Labormedizin • Mikrobiologie
Pathologie • Humangenetik

kostenfrei



Festabend „One Night in LE“ im Eventpalast

Gemeinsames Essen der Präsidenten
im Gondwanaland im Leipziger Zoo



Sonderkonzert der Unibigband Leipzig im Paulinum



Konsequent: wer sich beim Abstimmen
„verklückt“, zahlt ins Sparschwein ein

Foto- Impressionen

129. Deutscher Ärztetag in Leipzig



Das Team

Eröffnungsveranstaltung und
Empfang in der Nikolaikirche
und im Paulinum



129.
DEUTSCHER ÄRZTETAG
LEIPZIG



EMPFANG



Ärzteblatt Sachsen 6 | 2025